



Bundesamt
für Logistik
und Mobilität

Fragen- und Antwortkatalog zum Förderprogramm „Energiermindernde Kompo- nenten (EMK)“

Rechtsgrundlage ist die Richtlinie zur „Förderung von Komponenten, die eine Verbesserung der Energieeffizienz bei Neufahrzeugen (Nutzfahrzeugen und Trailern) bewirken“ vom 02.06.2023

Fragenübersicht

Fragenübersicht	2
1 Antrag	4
1.1 Bis wann muss der Antrag auf „Energiesparende Komponenten (EMK) beim Bundesamt eingegangen sein?	4
1.2 Wer kann eine Zuwendung für „Energiesparende Komponenten (EMK) stellen	4
1.3 Wie verhält es sich bei Unternehmensverflechtungen, Unternehmensgruppen o. ä.?	4
1.4 Welche Voraussetzungen muss das Neufahrzeug erfüllen?	5
1.5 Wann weist ein Neufahrzeug das Produktionsjahr 2023 oder jünger auf?	5
1.6 Ist auch eine Förderung möglich, wenn Reifen der Energieeffizienzklasse A oder B dauerhaft nicht verfügbar sind?	6
1.7 Was ist unter einem E-Trailer zu verstehen?	6
1.8 Können die für das Neufahrzeug erforderlichen Reifen über das „De-minimis“-Förderprogramm gefördert werden?	6
1.9 Kann für die energiesparenden Komponenten zusätzlich eine Förderung über das „De-minimis“-Förderprogramm beantragt werden?	6
1.10 Welche Formen des Erwerbs sind konkret zulässig?	7
1.11 Wie wird der Antrag gestellt?	7
1.12 Welche Unterlagen sind für die Antragstellung erforderlich?	7
1.13 Muss das Kontrollformular gemeinsam mit dem Antrag eingereicht werden?	7
1.14 Besteht die Möglichkeit, den Antrag auch per Post/Fax zu übermitteln oder persönlich beim Bundesamt für Güterverkehr abzugeben?	8
1.15 Wie erfolgt die Bearbeitung der Anträge?	8
1.16 Erhält die antragstellende Person eine Bestätigung über den Eingang des Antrages beim Bundesamt?	8
1.17 Darf die antragstellende Person weitere Beihilfen erhalten haben?	8
1.18 Welchen Umfang hat die Zuwendung?	9
2 Fristen, Auszahlung, Zwischen- und Verwendungsnachweis	10
2.1 Welche Fristen sind einzuhalten?	10
2.2 Wann darf mit einer Maßnahme begonnen werden?	10
2.3 Wann und wie erfolgt die Auszahlung?	11
2.4 Wann und wie wird der Verwendungsnachweis vorgelegt?	11

3 Betriebsprüfungen im Rahmen der Förderung der Erneuerung der Nutzfahrzeugflotte	12
3.1 Wer ist zur Prüfung berechtigt?	12
3.2 Welche Mitwirkungspflichten haben zuwendungsempfangende Personen?	12

1 Antrag

1.1 Bis wann muss der Antrag auf „Energiesparende Komponenten (EMK) beim Bundesamt eingegangen sein?

Der vollständige und bescheidungsreife Antrag muss bis zum **31. März 2024** beim Bundesamt eingegangen sein.

Ein Anspruch auf den Erhalt einer Zuwendung besteht nicht.

1.2 Wer kann eine Zuwendung für „Energiesparende Komponenten (EMK) stellen

Antragsberechtigt sind natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts, die die Fahrzeuge für gewerbliche Zwecke nutzen. Zuwendungsempfangende Person ist die antragstellende Person

Nicht zuwendungsberechtigt sind juristische Personen des Privatrechts, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts oder Eigenbetriebe einer solchen mit Mehrheit beteiligt sind.

Von der Förderung **ausgeschlossen** sind antragstellende Personen,

- die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der EU-Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind (Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a AGVO),
- die als Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 2 Nummer 18 AGVO anzusehen sind,
- über deren Vermögen ein Insolvenz- oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist. Dasselbe gilt für Antragsteller, die zur Abgabe einer Vermögensauskunft nach § 802 Buchstabe c der Zivilprozessordnung (ZPO) oder § 284 der Abgabenordnung (AO) verpflichtet sind oder bei dem diese abgenommen wurde. Ist der Antragsteller eine durch einen gesetzlichen Vertreter vertretene juristische Person, gilt dies, sofern den gesetzlichen Vertreter aufgrund seiner Verpflichtung als gesetzlicher Vertreter der juristischen Person die entsprechenden Verpflichtungen aus § 802 Buchstabe c ZPO oder § 284 AO treffen.

Eine Bonitätsprüfung der antragstellenden Person durch die Bewilligungsbehörde bleibt vorbehalten und kann zu einer Versagung der Förderung führen.

1.3 Wie verhält es sich bei Unternehmensverflechtungen, Unternehmensgruppen o. ä.?

Unternehmensverflechtungen, Unternehmensgruppen o. ä., deren Unternehmen nur gemeinsam über die vollständigen Antragsvoraussetzungen verfügen, sind antragsberechtigt, wenn die unternehmerische Gestaltung nachvollziehbar dargelegt werden kann.

1.4 Welche Voraussetzungen muss das Neufahrzeug erfüllen?

„Fahrzeug“ im Sinne dieser Richtlinie ist ein Fahrzeug der Fahrzeugklasse N2 oder N3, O3 oder O4 gemäß des Anhangs II der Richtlinie 2007/46/EG¹ (Rahmenrichtlinie) oder gemäß des Artikels 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/858² mit einer zulässigen Gesamtmasse **ab 7.500 kg**.

Ein Fahrzeug ist ein „Neufahrzeug“ im Sinne dieser Richtlinie, wenn es das Produktionsjahr 2023 oder jünger aufweist. Maßgeblich ist der Zeitpunkt der Fertigstellung des Fahrzeugs.

Handelt es sich bei dem Neufahrzeug um ein Kraftfahrzeug der Klassen N2 oder N3 muss es mindestens der Stufe Euro VI gemäß der Verordnung (EG) 595/2009³ entsprechen oder mit Elektro- oder Wasserstoff-/Brennstoffzellenantrieb im Sinne des § 2 Nummer 2, 3 und 4 des Elektromobilitätsgesetzes ausgestattet sein.

Zu Zwecken der Absenkung des CO₂-Emissionsniveaus muss das Neufahrzeug (Klasse N2, N3) der Stufe Euro VI im Zeitpunkt der Auslieferung wenigstens auf der/den Antriebsachse(n) mit Reifen ausgestattet sein, die hinsichtlich des Rollwiderstandsbeiwerts nach Anhang I der Verordnung (EU) 2020/740⁴ mindestens die Energie-Effizienz-Klassen B erreichen. Der Nachweis über die Ausstattung des Neufahrzeugs mit den vorgeannten Reifen ist dem Verwendungsnachweis beizufügen.

Die Fahrzeuge müssen zugelassen sein bzw. soweit eine straßenverkehrsrechtliche Zulassung nicht vorgeschrieben ist, in Betrieb genommen worden sein.

1.5 Wann weist ein Neufahrzeug das Produktionsjahr 2023 oder jünger auf?

Insbesondere bei einem mehraktigen Produktionsverfahren kann die Fahrzeugproduktion durchaus in 2022 begonnen worden sein. Die letzten wesentlichen Produktionsschritte müssen jedoch im Jahr 2023 oder jünger erfolgt sein.

¹ Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Schaffung eines Rahmens für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge

² Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG

³ Verordnung (EG) 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 und der Richtlinie 2007/46/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinien 80/1269/EWG, 2005/55/EG und 2005/78/EG.

⁴ Verordnung (EU) 2020/740 des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere Parameter, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1369 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1222/2009

1.6 Ist auch eine Förderung möglich, wenn Reifen der Energieeffizienzklasse A oder B dauerhaft nicht verfügbar sind?

Sollte das Neufahrzeug nicht mit Reifen der Energieeffizienzklasse A oder B ausstattbar sein (weder bei Auslieferung durch den Erstausrüster (sog. OEM - Original Equipment Manufacturer) noch im Wege der Nachrüstung), weil die genannten Effizienzklassen für dieses Fahrzeug dauerhaft nicht verfügbar sind (Lieferengpässe fallen nicht hierunter), ist dies bei Vorliegen aller anderen Voraussetzungen für die Förderung unschädlich.

Dieser Umstand ist gegenüber der Bewilligungsbehörde nachzuweisen. Der Nachweis kann durch eine Herstellerbescheinigung der Erstausrüsterin/des Erstausrüsters oder, falls trotz entsprechender Versuche keine Nachrüstung möglich ist, durch eine Eigenerklärung der antragstellenden Person erfolgen.

In jedem Fall ist die antragstellende Person jedoch verpflichtet, die unter Effizienzgesichtspunkten bestmögliche dem Verwendungszweck des Fahrzeugs entsprechende Reifenklasse montieren zu lassen.

1.7 Was ist unter einem E-Trailer zu verstehen?

Die Bezeichnung E-Trailer schließt E-Trailer mit elektrischer Antriebsachse (Aktiv) zur Antriebsunterstützung des Gespanns als auch E-Trailer mit elektrischer Generatorachse (Passiv) mit Rekuperation zur Energiegewinnung für fahrzeugeigene Funktionen (z. B. elektrische Transportkältemaschine) ein.

1.8 Können die für das Neufahrzeug erforderlichen Reifen über das „De-minimis“-Förderprogramm gefördert werden?

Ja, die Ausgaben für die Anschaffung der **rollwiderstandsoptimierten Reifen mit der Energie-Effizienz-Klasse B** auf der/den Antriebsachse(n) können – sofern dort alle erforderlichen Voraussetzungen vorliegen – über das „De-minimis“-Förderprogramm gefördert werden.

1.9 Kann für die energiemindernden Komponenten zusätzlich eine Förderung über das „De-minimis“-Förderprogramm beantragt werden?

Nein. Da es sich dann um eine Doppelförderung handeln würde, muss sich die antragstellende Person entscheiden, in welchem Förderprogramm eine Zuwendung beantragt/bewilligt wird.

1.10 Welche Formen des Erwerbs sind konkret zulässig?

Nach Nummer 2.1 Absatz XI Satz 1 der Richtlinie „Energiespeichernde Komponenten“ meint „Erwerb“ die Anschaffung der Komponente entweder zu Eigentum des Antragstellers (Darlehenskauf, Darlehensfinanzierung, Mietkauf, Leasingkauf) oder im Wege eines Leasing-/Mietvertrags. Im Falle eines Erwerbs zu Eigentum muss die Komponente über mindestens 24 Monate bei dem Antragssteller verbleiben und aktiviert sein, insoweit sie baulich getrennt und/oder deaktiviert werden könnte. Im Falle des Mietens oder Leasings muss der Miet-/ oder Leasingvertrag ergänzend eine Mindestlaufzeit von 24 Monaten haben.

1.11 Wie wird der Antrag gestellt?

Anträge können **ausschließlich auf elektronischem Wege** unter Verwendung des dafür bereitgestellten Antragsportals ([eService Portal](#)) beim Bundesamt gestellt werden.

Dort finden Sie alle Antragsunterlagen sowie eine entsprechende Ausfüllhilfe.

Gleiches gilt für den Zwischennachweis sowie den Verwendungsnachweis.

Die Übermittlung von Schreiben des Bundesamtes erfolgt ausschließlich in das eService-Portal und somit an die Person, die über den Portalzugang verfügt.

1.12 Welche Unterlagen sind für die Antragstellung erforderlich?

Zur Antragstellung benötigen Sie

- den vollständig ausgefüllten Antrag,
- sowie das unterschriebene Kontrollformular (Pflichtanlage zum Antrag).

Alle erforderlichen Vordrucke sowie eine Ausfüllanleitung und Berechnungshilfe für die Antragstellung finden Sie im Antragsportal ([eService Portal](#)).

1.13 Muss das Kontrollformular gemeinsam mit dem Antrag eingereicht werden?

Das Kontrollformular muss

- ausgedruckt
- unterschrieben
- eingescannt werden und

ist gleichzeitig mit dem Antrag zu übermitteln. Gleiches gilt für den Zwischennachweis sowie den Verwendungsnachweis.

1.14 Besteht die Möglichkeit, den Antrag auch per Post/Fax zu übermitteln oder persönlich beim Bundesamt für Güterverkehr abzugeben?

Nein, die Antragstellung ist ausschließlich auf elektronischem Wege unter Verwendung des dafür bereitgestellten Antragsportals ([eService Portal](#)) möglich. Gleiches gilt für den Zwischennachweis sowie den Verwendungsnachweis.

1.15 Wie erfolgt die Bearbeitung der Anträge?

Die Bearbeitung der Anträge erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs. Für die Reihung der Anträge ist das Datum der elektronischen Antragstellung maßgeblich, soweit der Antrag vollständig und bescheidungsreif mit den erforderlichen Anlagen vorliegt.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung besteht nicht. Das Bundesamt entscheidet aufgrund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1.16 Erhält die antragstellende Person eine Bestätigung über den Eingang des Antrages beim Bundesamt?

Ja, eine Eingangsbestätigung erfolgt automatisch per E-Mail nach Einstellung des Antrags im eService-Portal. Diese ergeht an die im Antrag angegebene E-Mail-Adresse, in jedem Fall aber an die Log-In-E-Mail-Adresse.

Diese Eingangsbestätigung begründet noch keinen Anspruch auf die Zuwendung. Es wird lediglich der Eingang der Unterlagen beim Bundesamt bestätigt.

Gleiches gilt für den Zwischennachweis sowie den Verwendungsnachweis.

1.17 Darf die antragstellende Person weitere Beihilfen erhalten haben?

Nach Förderrichtlinie „Energiesparende Komponenten“ gewährte Förderungen können kumuliert werden mit anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbar beihilfefähige Kosten betreffen, sowie mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der

AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrag nicht überschritten wird.

1.18 Welchen Umfang hat die Zuwendung?

Bei der Zuwendung handelt es sich um eine Investitionsbeihilfe für Energieeffizienzmaßnahmen gemäß Artikel 38 AGVO, die die Antragsteller in die Lage versetzen soll, über die Unionsnormen für den Umweltschutz hinauszugehen oder bei Fehlen solcher Normen den Umweltschutz zu verbessern.

Gemäß Artikel 38 Absätze 4, 5 und 8 AGVO beträgt die Förderquote

- bis zu **20 Prozent** der beihilfefähigen Kosten der jeweiligen Komponente für **mittlere** Unternehmen;
- bis zu **25 Prozent** der beihilfefähigen Kosten der jeweiligen Unternehmen für **kleine** Unternehmen.
- Bis zu **15 Prozent** bei allen anderen Unternehmen

bis zu einem Maximalbetrag von 5.000,00 Euro je Komponente. Das Bundesamt stellt hierzu auf der [Webseite](#) sowie im Antragsportal ([e-Service Portal](#)) eine Berechnungshilfe zur Verfügung. Diese Berechnungshilfe stellt dabei lediglich eine Hilfestellung dar. Hierdurch entsteht kein Anspruch auf eine Förderung.

2 Fristen, Auszahlung, Zwischen- und Verwendungsnachweis

2.1 Welche Fristen sind einzuhalten?

Verbindliche Verpflichtung (verbindliche Bestellung oder Vertragsabschluss) über die der einzelnen Maßnahmen

Innerhalb von **einem Monat nach Erhalt des Zuwendungsbescheids** ist ein geeigneter Nachweis vorzulegen, dass eine verbindliche Verpflichtung (verbindliche Bestellung oder Vertragsabschluss) zur Anschaffung der jeweiligen Komponente nach Nummer 2 der Richtlinie eingegangen wurde. Hierzu ist ausschließlich das bereitgestellte Antragsportal ([eService-Portal](#)) zur Übermittlung des Nachweises zu nutzen.

Verwendungsnachweis:

Die zweckgemäße Verwendung der Auszahlung (siehe Nr. 2.2 „Wann erfolgt die Auszahlung“) muss innerhalb der im Bescheid geregelten Verwendungsfrist (maximal **6 Wochen**) erfolgen.

Der Erwerb der Komponenten muss mit dem Verwendungsnachweis nachgewiesen werden. Der Nachweis muss spätestens **fünf Monate** nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides gegenüber der Bewilligungsbehörde erfolgen.

In begründeten Ausnahmefällen (z.B. Materiallieferengpässe) kann diese Frist auf Antrag verlängert werden; der Ausnahmefall ist durch eine Herstellerbescheinigung nachzuweisen.

2.2 Wann darf mit einer Maßnahme begonnen werden?

Förderfähig sind nur Maßnahmen, mit denen **vor Bewilligung der Zuwendung noch nicht begonnen** worden ist. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags zu werten.

Im Zuwendungsrecht ist anerkannt, dass ein einseitiges vertragliches Rücktrittsrecht ohne Entschädigungsleistung in Liefer- und Leistungsverträgen im Hinblick auf die Gewährung der Förderung den Eintritt eines förderschädlichen Vorhabenbeginns verhindert.

Die genaue Formulierung eines einseitigen vertraglichen Rücktrittsrechts ohne Entschädigungsleistung steht den Vertragsparteien frei. Folgende Musterformulierung wird vom Bundesamt aber anerkannt:

„Die in diesem Vertrag vorgesehenen Verpflichtungen zu Lieferungen/Leistungen dienen der CO₂-Senkung bei Neufahrzeugen, wofür eine der Vertragsparteien eine Förderung über das Förderprogramm „Energiesparende Komponenten“ (EMK) des Bundesamtes beantragen wird.“

Diese Partei hat ein einseitiges vertragliches Rücktrittsrecht ohne Entschädigungsleistung für den Fall, dass das Bundesamt den Antrag nicht bewilligt und keine Förderung gegenüber der antragstellenden Vertragspartei zusagt. Im Fall einer Bewilligung des Antrags und Zusage einer Förderung gegenüber der antragstellenden Vertragspartei wird diese die jeweils andere Vertragspartei über die Erteilung des Zuwendungsbescheides unverzüglich in Kenntnis setzen.“

Das vertragliche Rücktrittsrecht ist auf Anforderung dem Bundesamt gegenüber geeignet zu belegen.

Innerhalb von einem Monat nach Erhalt des Zuwendungsbescheids hat die zuwendungsempfangende Person nachzuweisen, dass sie eine verbindliche Verpflichtung (verbindliche Bestellung oder Vertragsabschluss) zur Anschaffung der Komponente nach Nummer 2.1 der Richtlinie EMK eingegangen ist. Hierzu hat die zuwendungsempfangende Person auf elektronischem Weg unter Verwendung des [Antragsportals](#) einen geeigneten Nachweis über das Eingehen der verbindlichen Verpflichtung bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

2.3 Wann und wie erfolgt die Auszahlung?

Zur **Anforderung der Auszahlung** der bewilligten Förderung ist innerhalb des Bewilligungszeitraumes ein sogenannter **Zwischennachweis** vorzulegen. Zur Übermittlung ist ausschließlich das Antragsportal ([eService-Portal](#)) zu nutzen. Dort finden Sie auch das entsprechende Formular inklusive Ausfüllhilfe.

2.4 Wann und wie wird der Verwendungsnachweis vorgelegt?

Mit dem Verwendungsnachweis hat die antragstellende Person das unterschriebene Kontrollformular zu übermitteln, um die Rechtsverbindlichkeit zu bestätigen.

Für die Vorlage des Verwendungsnachweises benötigen Sie

- den vollständig ausgefüllten Verwendungsnachweis
- sowie das unterschriebene Kontrollformular (Pflichtanlage zum Verwendungsnachweis)

Außerdem sind vorzulegen:

- a) einen Nachweis über den Erwerb der Komponente nach Nummer 2.2,
- b) die Zulassungsbescheinigung Teil I des Neufahrzeugs nach Nummer 2.2,
- c) sofern es sich nicht um ein elektro- oder wasserstoffbetriebenes Nutzfahrzeug handelt: einen Nachweis über die Ausstattung des Neufahrzeugs mit rollwiderstandsoptimierten Reifen nach Nummer 2.2.

Zur Übermittlung ist ausschließlich das Antragsportal ([eService-Portal](#)) zu nutzen. Dort finden Sie auch das entsprechende Formular inklusive Ausfüllhilfe.

3 Betriebsprüfungen im Rahmen der Förderung der Erneuerung der Nutzfahrzeugflotte

3.1 Wer ist zur Prüfung berechtigt?

Das Bundesamt ist zu stichprobenartigen Nachprüfungen (sog. vertiefte Prüfungen) - auch vor Ort - befugt. Die antragstellende Person willigt ein, dass das Bundesamt zur Prüfung der Antragsvoraussetzungen Daten aus dem Zentralen Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes abrufen sowie andere Behörden des Bundes oder Dritte hinzuziehen kann.

Ferner ist der Bundesrechnungshof zur Prüfung berechtigt.

3.2 Welche Mitwirkungspflichten haben zuwendungsempfangende Personen?

Die zuwendungsempfangende Person hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen (Mitwirkungspflicht).

Kommt die zuwendungsempfangende Person bei einer vertieften Prüfung oder einer Betriebsprüfung den Mitwirkungspflicht nicht nach, ist das Bundesamt als Folge dazu berechtigt, bereits ausgezahlte Zuwendungen zurückzufordern. Weiterhin kann die zuwendungsempfangende Person im Einzelfall bis zu 3 Jahre von sämtlichen Förderprogrammen des Bundesamtes ausgeschlossen werden.